

01.04.2018 - 1968 ? Was bleibt?

Die Aktualität von 68 misst sich schon allein am weiterhin tobenden Kampf um seine Deutungen

von Paul B. Kleiser

Seit wohl 40 Jahren gibt es zahlreiche Versuche einer «Historisierung», vielfach einer Entsorgung von 1968. Abgesehen von einigen Lobgesängen wird heute häufig der Versuch gemacht, eine «utopische Generation» für «Identitätsverlust», die Globalisierung und deren Folgen sozialer Spaltung für verantwortlich zu erklären. Schließlich seien Bill Gates oder Steve Jobs auch 68er gewesen.

Der Internationalismus war sicherlich -eine Grundkonstante im Denken und Handeln der 68er: Man las das Buch von Bahman Nirumand über die Zustände im Iran des «Märchenprinzen» Schah Reza Pahlevi und seiner angehimmelten Frau Farah Diba. Der Film des Schweizer Roman Brodmann, *Ein Polizeistaatsbesuch*, stellt bis heute eines der besten Dokumente des spießigen Deutschlands und der Polizeibrutalität im postfaschistischen Weststaat und in Westberlin dar. Viele sahen im kaltblütigen Mord an Benno Ohnesorg durch den Polizisten Kurras (und dann dem versuchten Mord an Rudi Dutschke durch einen Neonazi) den Beginn einer «Faschisierung». Ein Putsch à la Griechenland 1967 wurde auch in Deutschland für möglich gehalten. Man solidarisierte sich mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes gegen den von den USA angeführten barbarischen Napalmkrieg. Es verbreitete sich der Begriff der «Dritten Welt», mit deren Befreiungskämpfen man sympathisierte. Das Buch von Frantz -Fanon über *Die Verdammten dieser Erde* wurde ein Bestseller.

Der Kampf um das Erbe von 1968 geht weiter ? gerade deshalb, weil die «Leitwerte» der Adenauerzeit, nämlich patriarchalische Familie (verheiratete Frauen, die arbeiten gehen wollten, brauchten bis 1969 die Erlaubnis des Gatten), kirchliche Bindung, Autorität und Gehorsam tendenziell durch Gleichberechtigung, -antiautoritäre Erziehung, verschiedenste Formen des Zusammenlebens, Transparenz und Vielfalt ersetzt wurden. Die neue Frauenbewegung entstand im Kampf einiger Frauen um die Filmemacherin Helke Sander, die im SDS auch die Lage und Bedürfnisse der Frauen thematisieren und sie nicht einfach als «Nebenwiderspruch» abtun wollten. Die Frauen wollten «die Hälfte des Himmels».

Nicht ganz zu Unrecht hat Jürgen Habermas, damals Assistent von Theodor Adorno in

Frankfurt, auf die Frage, was von 1968 geblieben sei, ironisch geantwortet: «Rita Süßmuth!» Kurzum, die größten Erfolge erzielten die 68er im Kampf gegen den Obrigkeitsstaat und die patriarchalische Familie. Der Versuch von Helmut Kohl, nach dem Ende der sozialliberalen Koalition eine «geistig-moralische Wende», -also ein gesellschaftliches Roll-back zu vollziehen, endete im Sumpf einer die CDU tief -erschütternden Spendenaffäre. Angela Merkel putschte gegen die Männerriege.

Demokratie als Teilhabe am -politischen Leben

Der Begriff «Bürgerinitiative» stand ursprünglich für eine karitative Tätigkeit; nach 1968 meint er das Eingreifen von Bürgern in politische Abläufe. Bei allen Auf- und Abs der politischen Konjunktur hat es seit 1968 eine breite Zunahme des politischen Engagements gegeben, die neuen sozialen Bewegungen (Frauen, Ökologie) entfalten bis heute ihre Wirkung in die Gesellschaft hinein. Sogar die mächtige Atomlobby zog gegen den widerspenstigen Willen ihrer Kritiker den kürzeren.

In der bürgerlichen Presse ist mit steter -Regelmäßigkeit von einem «Scheitern» von «1968» die Rede. Man findet jedoch die unterschiedlichsten Deutungen, worin dieses Scheitern bestanden haben soll. Nikolaus Piper von der *Süddeutschen Zeitung* kritisiert gemäß dem heute vorherrschenden Zeitgeist das «Misstrauen gegen die Marktwirtschaft» und kätet den Unsinn vom «Antiamerikanismus» wieder. Dabei hatten gerade die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung und die neue Protestkultur (Bob Dylan, Joan Baez) massive Auswirkungen auf die neue Protestgeneration in Deutschland und Europa. Andere, darunter der frühere Maoist Götz Aly, sprechen von -«totalitärem Denken», das konsequenterweise zur RAF und zum «deutschen Herbst» geführt habe. Sogar das Ende des Realsozialismus wird mit diesem Scheitern in Verbindung gebracht, wobei die große Mehrheit der 68er den sowjetischen Einmarsch in die CSSR kritisierte oder sogar bekämpfte.

Allerdings führten ganz unterschiedliche -Sozialismusvorstellungen ab 1969 zu einer Aufsplitterung der Bewegung und der Übernahme autoritärer Konzepte à la Moskau oder Peking. Für die meisten der bürgerlich-liberalen Autoren gibt es heute kein Leben außerhalb von «Marktwirtschaft» und bürgerlicher Demokratie, obwohl sie früher meistens, gleich der SPD, zugunsten einer starken Lenkung der Wirtschaft in der Nachfolge von Keynes eintraten.

Im Visier der Konterrevolution

Für die verschiedenen Strömungen der (extremen) Rechten hingegen ist 1968 noch

immer ein tiefsitzender Stachel. Der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen spricht nicht zufällig vom «links-rot-grün versifften 68er-Deutschland» und verkündet: «Die AfD ist die Konterrevolution!» Der AfD-Landesvorsitzende von Brandenburg, Andreas Kalbitz, formulierte diese Zielsetzung noch deutlicher: «Wir wollen kein Stück vom Kuchen, wir wollen die Bäckerei! Die AfD ist die konservative Konterrevolution gegen 68, gegen das, was unser Land zerstört hat.» Diese Denkfigur knüpft nicht zufällig an Reden von Joseph Goebbels an, in denen er verkündete, «1789» (also die Französische Revolution) aus der Geschichte austilgen zu wollen. Statt Gleichheit und Brüderlichkeit -Ungleichheit und Kampf der Kulturen!

Im «Handbuch» der inzwischen zu Regierungsämtern gelangten FPÖ in Österreich heißt es: «Die destruktiven Folgewirkungen der von Marx bis zur Frankfurter Schule vertretenen linken Theorien sind heute für alle spürbar. Diese Ideologie sollte zu einer Entwurzelung aus dem christlich-abendländischen Wertegefüge sowie aus jeglicher Gemeinschaft ? wie dem Volk ? führen. Die marxistische Lehre hat nichts unversucht gelassen, Werte wie Heimat, Liebe, Vaterland und Muttersprache zu sinnlosen Wörtern zu degradieren. Diese Werte sind jedoch für das Gemeinwohl unentbehrlich.» Also Rückkehr nach Krähwinkel oder zu einem neuen Ständestaat!

Den Vogel schoss vor kurzem der Geistes-riese und neue Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bundestag, Alexander Dobrindt, ab, der die «linke Meinungsvorherrschaft seit 68» anprangerte und den 68ern «einen ideologischen Feldzug gegen das Bürgertum, mit dem Ziel der Umerziehung der bürgerlichen Mitte» vorwarf, gegen den nur eine «konservative Revolution» helfen könne (*Die Welt*, 4.1.18). Ob ihm bei seiner beschränkten Weltsicht überhaupt klar ist, dass es sich bei dieser «Revolution» (richtiger Konterrevolution) um eine geistige Strömung der extremen Rechten (Carl Schmitt, Ernst Jünger, Moeller van den Bruck) in der Weimarer Republik gehandelt hat, die eng mit den Nazis verbunden waren? Jedenfalls wurde bereits mehrfach der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán zu CSU-Parteiversammlungen eingeladen, der alles dafür tut, sein Land «ausländerrein» zu halten, und der glaubt, der «Islam» (oder doch das Judentum, siehe den Versuch, die von George Soros finanzierte Universität in Budapest zu schließen) strebe die Weltherrschaft an.

Die Entsorgung der Nazi-Vergangenheit

Ein zentraler Punkt der Auseinandersetzung der 68er, gerade in Deutschland und Österreich, mit der Gesellschaft und ihren Institutionen, war natürlich die stark tabuisierte Nazi-Vergangenheit. Zunächst fiel uns nach den Auschwitz-Prozessen in Frankfurt, die

von Staatsanwalt Fritz Bauer gegen massiven -Widerstand durchgesetzt wurden, auf, wie sehr schlimmste Verbrecher sich zu einfachen Mitläufern erklären wollten. Damals gab es eine sarkastische Postkarte von Klaus Staack, wonach ein gewisser AH aus Braunau am Inn bei der Entnazifizierung in die Gruppe IV («Mitläufer») eingeordnet worden sei. Es war eine schockierende Erfahrung, erkennen zu müssen, dass Tausende von Mördern unbestraft in aller Öffentlichkeit ihr bürgerliches Leben fristen konnten. Bundespräsident Theodor Heuss hatte für das Ermächtigungsgesetz gestimmt und sein Nachfolger Heinrich Lübke war am Bau von KZs beteiligt gewesen. Mit Kurt-Georg Kiesinger führte ein früheres Mitglied der NSDAP die erste große Koalition als Bundeskanzler an. Die Journalistin Beate Klarsfeld, die ihn wegen seiner verdrängten Vergangenheit ohrfeigte, erhielt ein Jahr Gefängnis.

Ein wichtiger Gesichtspunkt für die Radikalisierung junger Menschen waren die Wahl-erfolge der 1964 gegründeten NPD. Zwar -waren einige Versuche von Alt- und Jungnazis, eine Nachfolgeorganisation der NSDAP zu schaffen, am Verbot durch das Verfassungsgericht gescheitert. Die NPD erzielte (vor allem nach der Wirtschaftskrise 1966/67) in verschiedenen Bundesländern erhebliche Wahlerfolge und zog in die Landtage ein. Ohne die Mobilisierungen der 68er wäre es ihr wohl auch gelungen, bei den Wahlen 1969 in den Bundestag zu kommen; ihre Niederlage mit 4,3 Prozent stellte den Auftakt zu ihrem Niedergang dar. Ich kann mich noch gut an eine Kundgebung gegen eine NPD-Veranstaltung mit dem Landtagsabgeordneten und späteren NPD-Vorsitzenden Martin Mußnug (sein Vater war bekannter Nazi) in der schwäbischen Provinz -erinnern. Nach einem heftigen Wortwechsel beschimpfte er die Demonstranten als «entwurzeltes, langhaariges Gesindel». Schon -damals wollten die Rechten eine Rückkehr zu den «deutschen Sekundärtugenden».

Die beginnende Aufarbeitung der ungeheuren Verbrechen der SS und der Gestapo, bald danach aber auch der angeblich «sauberen Wehrmacht», nahm damals ihren Anfang. Hinzu kam ein größeres Interesse für die verschiedenen Ansätze des Widerstands gegen die Nazi-herrschaft. Während längere Zeit sich der Widerstand im Anschlag vom 20. Juli 1944 des Grafen Stauffenberg zu erschöpfen schien, gab es nun ein vermehrtes Interesse für die «Weiße Rose» oder auch Georg Elser. Lange Zeit waren die Widerständler eher als Verräter angesehen worden, doch nun wurde ihnen mehr und mehr Gerechtigkeit zuteil.

Langsam entstand in Deutschland eine Erinnerungskultur, die sich nicht nur das «Nie wieder!» auf ihre Fahnen schrieb und versuchte, den Opfern der Nazis Gerechtigkeit



Sozialistische Zeitung

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

widerfahren zu lassen. Auch die verdrängte Geschichte der deutschen Revolution 1918/19 und der Linken in der Weimarer Republik wurde nun wiederentdeckt.